

# L AKTUELL

LINKSDRUCK

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

März 2015 (8./9. Sitzung)

DOPPELHAUSHALT 2015/2016

## Ich will nicht, dass wir mehr ausgeben als wir einnehmen!



Im Brandenburger Landtag diskutieren wir in den nächsten Wochen den Landeshaushalt für 2015 und 2016. Mit dem vorliegenden Entwurf der Landesregierung können wir unsere Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zur Verbesserung des Lebens der Familien, der Alleinerziehenden in den Kitas und Schulen, auf Arbeit und in der Freizeit gut umsetzen – und das in den Städten und auf dem Land. Vorrangig werden wir weiter in Bildung, Forschung und Wissenschaft investieren, denn wir wollen, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger mit hoher Kompetenz die Aufgaben der Zukunft meistern können. Aber auch mit unserem kommunalen Investitionsprogramm und der Erhöhung der Mittel für den Landesstraßenbau um insgesamt 100 Mio. € bis

2019 werden dringend notwendige Maßnahmen realisiert, um unsere Infrastruktur zu modernisieren, und Arbeitsplätze geschaffen.

Oftmals entfalten aber gerade die vermeintlich kleinen Dinge eine große Wirkung. So bin ich sehr froh, dass wir z.B. die schrittweise Erhöhung des Landespflegegeldes erreicht haben. Das zeigt, worauf es uns ankommt, nämlich den Benachteiligten in der Gesellschaft zu helfen.

Dem dienen auch die geplanten zusätzlichen 100 Stellen bei den Schulsozialarbeitern. Und es gilt für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas, für die Neueinstellung von 4.300 Lehrerinnen

und Lehrer oder aber auch für die vollständige Kofinanzierung von EU-Mitteln, Wirtschafts- und Städtebaufördermitteln, damit diese in vollem Umfang eingesetzt werden können.

Von der Opposition kam dazu nur das alte Lied: den Haushaltsentwurf in Bausch und Boden zurückweisen, zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe verlangen, schließlich geringere Gesamtausgaben und zugleich noch Schuldentilgung fordern. Wie man mehr ausgeben kann, als man zur Verfügung hat, und zugleich noch sparen – darauf gab es keine Antwort.

Unerträglich war die AfD. Fraktionschef Gauland lag voll auf der Linie der zuvor von der Ost-AfD abgegebenen „Erfurter Erklärung“. Demnach will die AfD „eine grundlegende gesellschaftliche Wende“ und steht dafür als „Widerstandsbewegung“ gegen die „Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte“ bereit: „Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit.“ Wer davon betroffen ist, weiß, was da droht! Unsere demokratische Gesellschaft insgesamt wird abgelehnt. Für mich bleibt: Wehret den Anfängen!

**Margitta Mächtig**  
Fraktionsvorsitzende



## Rahmenlehrpläne: Ein Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit

**Die neuen Rahmenlehrpläne ab 2016/2017 verbessern die Unterrichtsbedingungen unserer Kinder und sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Gemeinschaftsschulen und mehr Inklusion.**

Das Land Brandenburg gibt für seine Schulen in den Rahmenlehrplänen einige zentrale Ziele für den Unterricht in den verschiedenen Klassenstufen vor. Diese Rahmenlehrpläne werden derzeit überarbeitet. DIE LINKE befürwortet diese Überarbeitung sowie die Verbesserungen, die mit den neuen Rahmenlehrplänen zum Schuljahr 2016/17 kommen sollen.

Erstmals gibt es dann einen Rahmenlehrplan für die Klasse 1 bis 10. Damit kommen wir unserem Ziel der Gemeinschaftsschule eine Stück näher und wir erleichtern damit die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen – ein zentraler Wunsch der LINKEN. Eine weitere Neuerung ist die Integration des Lehrplans für den Förderbedarf Lernen. Damit gehen wir ein weiteres Stück in Richtung



eines inklusiven Unterrichts. Ein weiterer Vorteil der neuen Rahmenlehrpläne wird die Einführung von Kompetenzfeldern und Niveaustufen sein – Schülerinnen und Schüler können damit viel individueller im Unterricht gefördert und je nach ihren Fähigkeiten unterrichtet werden. Als LINKE begrüßen wir außerdem, dass künftig zentrale Themen wie Medienbildung, Sprache oder Demokratieerziehung als

Querschnitt in allen Fächern Platz finden werden und dass Unterricht sich künftig mehr an der Lebenswelt der Kinder orientieren soll.

Natürlich gibt es bei einer solchen Veränderung immer auch Bedenken wie etwa die Befürchtung, es würde künftig kein Geschichtsunterricht mehr stattfinden. Das ist unbegründet. Die neuen Fächer Gesellschafts- und Naturwissenschaft in Klasse 5 und 6 geben eher die Chance, komplexe Themen fächerübergreifend und intensiver zu behandeln.

Allerdings sehen wir als LINKE die Notwendigkeit, die Lehrkräfte intensiv zu unterstützen und auf die neuen Inhalte vorzubereiten. Hier muss es ein Fortbildungskonzept, gut aufgearbeitete Unterrichtsmaterialien und Lehrbücher geben.

**Kathrin Dannenberg**  
Sprecherin für  
Bildungspolitik



## Erhöhung des Landespflegegeldes beschlossen



**Durch unser Engagement hat der Landtag am 18. März eine Erhöhung des Landespflegegeldes beschlossen, um Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen.**

Menschen mit Behinderungen wollen genauso leben wie nichtbehinderte Menschen. Sie möchten mobil sein und ihren Alltag ohne fremde Hilfe meistern können. Und sie haben ein Recht darauf. Denn niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden – so steht es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Auf Initiative der Linksfraktion hat die Koalition einen Antrag zur Erhöhung

des Landespflegegeldes in den Landtag eingebracht, der fraktionsübergreifend Zustimmung fand. Insgesamt soll das Landespflegegeld um 30 Prozent erhöht werden. Der erste Schritt, eine Erhöhung um 20 Prozent, soll zum 1. Januar 2016 vollzogen werden. Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsentwurf 2015/16 dafür Vorsorge getroffen. 2018 soll der nächste Schritt folgen. Das Landespflegegeld ist ein Beitrag für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe für schwerbehinderte, blinde und gehörlose Menschen. Mit der Erhöhung nutzen wir unsere landesrechtlichen Möglichkeiten, um die Situation von Menschen mit Behinderungen conse-

quent zum Positiven zu verändern. Die Bundesregierung hatte für diese Legislaturperiode die Einführung eines Bundessteilhabegeldes im Rahmen eines Bundessteilhabegesetzes versprochen. Bis Mitte 2015 soll ein Gesetzentwurf vorliegen. Mit diesem soll die Eingliederungshilfe weiterentwickelt werden, um eine zielgenaue, personenzentrierte Unterstützung von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen.

Wir können und wollen nicht warten, bis die Bundesregierung endlich ihren Gesetzentwurf auf den Weg bringt, sondern wollen mit der schrittweisen Erhöhung des Landespflegegeldes ab 2016 eine selbstständige Lebensführung für Menschen mit Behinderungen erleichtern und damit Gleichstellung und Teilhabe fördern.



**Diana Bader**  
Sprecherin für  
Gleichstellungs- und  
Behindertenpolitik

## Landwirtschaft im Fokus: Bodenschutz, Gentechnik und Tierhaltung



**Den Flächenverbrauch reduzieren, Brandenburg gentechnikfrei halten, Tierschutz bei Tierhaltung einhalten – das waren die landwirtschaftlichen Themen in der Plenarwoche im März.**

Die Landwirtschaftsfläche in Brandenburg ist in den letzten 20 Jahren um 28.000 ha zurückgegangen. Das ist problematisch für Landwirtschaftsbetriebe und damit für die Wertschöpfung im ländlichen Raum, aber auch für den Boden-, Landschafts- und Hochwasserschutz. Die Koalitionsfraktionen haben deshalb die Landesregierung beauftragt, bis 2017 eine Strategie zur Reduzierung des Flächenverbrauchs zu erarbeiten und die Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung zu aktualisieren.

Ein weiterer Antrag bekräftigt die Ablehnung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen und fordert ein bundeseinheitliches Anbauverbot. Hintergrund ist die neuerdings von der EU gewährte Möglichkeit, Genpflanzen in den

Mitgliedsstaaten zu verbieten. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt (CSU) will diese Anbauverbote nicht bundesweit regeln, sondern den Ländern überlassen. Das würde zu einem Flickenteppich führen, der es noch schwerer macht, konventionellen und ökologischen Anbau dauerhaft gentechnikfrei zu halten.

Schließlich hat der Landtag die Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung“ abgelehnt, ist der Volksinitiative gleichzeitig aber mit einem Beschluss in einigen Punkten entgegen gekommen. So wird die Berufung einer oder eines Landes-tierschutzbeauftragten geprüft. Die Landesregierung wird den Vollzug des Tierschutzrechts unterstützen, sich für ein wirksames Immissionsschutz- und Dünge-recht zugunsten von Mensch und Umwelt einsetzen und die weitere Reduzierung von Antibiotika anstreben. Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin besonders wichtig sind, sollen in der Tierhaltung vermieden werden. Flächenlose Tierhaltungsanlagen werden nicht mehr gefördert. Über den Koalitionsbeschluss hinaus befürwortet DIE LINKE beispielsweise eine Begrenzung der Tierzahl in geförderten Anlagen und die Einführung einer Tier-schutz-Verbandsklage.



**Anke Schwarzenberg**  
Sprecherin für  
Landwirtschaft und  
ländliche Entwicklung

## Zügige Ost-West-Rentenangleichung

**DIE LINKE setzt sich für eine baldige Ost-West-Rentenangleichung ein. Wir verlangen vom Bund daher Vorschläge, wie eine dauerhafte Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner beendet werden kann.**

Nach Einschätzung der Bundesregierung kann eine Vereinheitlichung der Rentenwerte auch 30 Jahre nach der Deutschen Einheit nicht in Aussicht gestellt werden. Damit geben wir uns nicht zufrieden.

Auf Initiative der Länder Brandenburg und Thüringen soll jetzt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Lösungsvorschläge erarbeiten, wie eine Angleichung erreicht werden kann. Brandenburg wird sich in diesen Prozess aktiv und konstruktiv einbringen, wie Sozialministerin Diana Golze auf eine Anfrage mitteilte.

Laut Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung wird sich der aktuelle Rentenwert Ost bis zum Jahr 2018 dem aktuellen Wert West nur auf 92,6 Prozent annähern. Ein Eingreifen der Politik ist deshalb unabdingbar. Die Koalition hält Wort und setzt sich auf Bundesebene für eine zügige Ost-West-Rentenangleichung ein.



**René Wilke**  
Sprecher für Sozial-  
und Seniorenpolitik

## Für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen

**Landkreise und kreisfreie Städte sollen zusätzliche 11,25 Mio. € für eine angemessene Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber erhalten.**

Zur Entlastung der Länder und Kommunen wird der Bund Brandenburg für 2015 und 2016 jeweils rund 15 Mio. € zur Verfügung stellen. Davon wollen wir dieses und nächstes Jahr den kommunalen Aufgabenträgern je 11,25 Mio. € über eine Sonderregelung im Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz zukommen lassen. So unterstützen wir die Finanzierung zusätzlicher Unterkünfte, Sprachförde-

rung, Integrationsangebote und ehrenamtliche Strukturen. Die verbleibenden Mittel von 3,75 Mio. € werden vor allem für die medizinische Betreuung von Flüchtlingen eingesetzt. Brandenburg stellt den Landkreisen und kreisfreien Städten damit mehr Geld zur Verfügung als vom Bund vorgesehen, denn langfristig müssen 50% der zusätzlichen Mittel an den Bund zurückgezahlt werden.

Insgesamt wird Brandenburg 2015 159,5 Mio. € und 2016 190,4 Mio. € für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zur Verfügung stellen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die aus ihrer Heimat

flüchten müssen, mit offenen Armen empfangen und menschenwürdig untergebracht werden. Es kann jedoch nicht sein, dass Länder und Kommunen den Hauptteil der Kosten tragen. Der Bund ist in der Pflicht, endlich einen spürbaren Beitrag zur Erfüllung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu leisten.



**Stefan Ludwig**  
Sprecher für  
Kommunalpolitik und  
Finanzen

## Für mehr Bahn



**Wir werden uns für die Stärkung des Fernverkehrs auf der Schiene einsetzen, damit möglichst viele Orte an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn angebunden sind.**

Mobilität im Schienenpersonenfernverkehr wird nur so gut sein, wie sich die bundespolitischen Rahmenbedingungen verbessern und wie Klarheit und Transparenz gegenüber den Ländern gewährleistet ist. Das fordern SPD und LINKE vom Bund. Daher halten wir es für notwendig, dass alle Landesparlamente, wie schon in Mecklenburg-Vorpommern geschehen, im Rahmen einer konzertierten Aktion der Bundesregierung zeigen, dass eine Stär-

kung des Schienenpersonenfernverkehrs dringend erforderlich ist.

Mit Besorgnis sehen wir, dass die Deutsche Bahn immer mehr Lücken in das Fernverkehrsangebot reißt, die dann der Regionalverkehr der Länder schließen muss. Die Strategie der Bahn, sich nur noch auf rentable Strecken zu konzentrieren, ist aus unserer Sicht die falsche Weichenstellung. Sie hat ihre Ursache in der misslungenen Bahnreform von 1994. Deswegen brauchen wir endlich eine bundesgesetzliche Regelung, die Signale für einen zukunftsfähigen Schienenpersonenfernverkehr stellt.



**Anita Tack**  
Sprecherin für  
Verkehrspolitik

## Debatten zur Geschäftsordnung



**Die Einführung eines zweiten Vizepräsidenten und die Festlegung des Gruppenstatus waren weitere Themen der Landtagssitzung.**

Debatten über Geschäftsordnungen verlaufen meist unspektakulär – außerhalb des Landtages interessieren sie kaum. Diesmal war das anders. Zum einen war da der Vorschlag, wie in anderen Landtagen zwei Vizepräsidenten zu wählen. „Geldverschwendung“, tönnten daraufhin einige Zeitungen. Der Landtag stimmte dennoch zu. Die Neureglung greift ab der nächsten Wahlperiode. Damit wird künftig die stärkste Oppositionsfraktion in jedem Fall in der Spitze des Landtages vertreten sein.

Die zweite zentrale Frage war die Einführung des Gruppenstatus. Über ein Direktmandat waren im Herbst zwei weitere Abgeordnete der Freien Wähler in den Landtag

eingezogen. Um die Zusammenarbeit dieser drei Parlamentarier zu unterstützen, wurden Änderungen in Fraktionsgesetz und Geschäftsordnung vorgenommen. Der mit großer Mehrheit gefasste Beschluss ist nicht nur verfassungsrechtlich geboten, sondern auch angemessen.

**Thomas Domres**  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer



**Die Fraktion bei Facebook:**  
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

**KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS**  
Damit sich auch Nachbarn und  
Freunde informieren können:  
nach dem Lesen weiterreichen!

## Aktuelle Initiativen im Landtag

- ◀ **Gesetzentwurf** zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg  
Drucksache 6/209 · angenommen
- ◀ **Antrag** Änderung des Gesetzes über die Leistung von Pflegegeld an Schwerbehinderte, Blinde und Gehörlose (Landespflegegeldgesetz -LPfGG)  
Drucksache 6/825 · angenommen
- ◀ **Antrag** Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Brandenburg reduzieren und Böden schützen  
Drucksache 6/828 · angenommen
- ◀ **Gesetzentwurf** Erstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes  
Drucksache 6/208 · angenommen
- ◀ **Antrag** Zukunft des Schienenpersonenfernverkehrs sicherstellen  
Drucksache 6/700 · angenommen
- ◀ **Antrag** Netzwerke Gesunde Kinder nachhaltig stärken und ausbauen  
Drucksache 6/775 · angenommen
- ◀ **Antrag** Brandenburg gentechnikfrei halten - für ein nationales Anbauverbot gentechnisch veränderter Organismen  
Drucksache 6/827 · angenommen

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

**REDAKTIONSGRUPPE** Thomas Rohde (Leitung)  
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 07  
thomas.rohde@linksfraktion-brandenburg.de

**PORTRAITS** DIE LINKE LTF BRB / Dominique Prokopy  
**FOTOS** Geldbörse: jala/photocase.de; Lernende: Mr. Nico/photocase.de; Rollstuhlfahrer: Susann Städter/photocase.de; Kühe: crocodile/photocase.de  
**LAYOUT, SATZ, GRAFIK** Döring & Waesch, Perleberg  
**AUFLAGE** 7 000 Stück  
**DRUCK** Gieselmann Druck und Medienhaus, Potsdam-Rehrücke  
**V.I.S.D.P.** Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone  
QR-Code einscannen und  
direkt zur Internetpräsenz  
der Fraktion gelangen



[www.linksfraktion-brandenburg.de](http://www.linksfraktion-brandenburg.de)